

Letzte Aktualisierung: 2.5.2024

Dieses Dokument ist abrufbar unter <https://www.dnoti.de>

Kurzübersicht Apostille und Legalisation

Anerkennung deutscher öffentlicher Urkunden im Ausland und ausländischer öffentlicher Urkunden in Deutschland: Bilaterale Abkommen und Haager Übereinkommen

A) Vorbemerkungen

Nachfolgend finden Sie eine alphabetische Länderliste (C) mit Erläuterungen (B) zur Prüfung, unter welchen Voraussetzungen eine ausländische öffentliche Urkunde in Deutschland - oder umgekehrt eine deutsche öffentliche Urkunde im Ausland - als echt anerkannt wird:

- Mit mehreren europäischen Staaten bestehen **bilaterale Abkommen**, aufgrund derer jedenfalls bestimmte öffentliche Urkunden von jedem Echtheitsnachweis befreit sind, so notarielle Urkunden im Verhältnis zu **Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien und Österreich** (Einzelheiten unter B) I.).
- Eine **Apostille** genügt im Verhältnis der Vertragsstaaten des Haager Übereinkommens zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Legalisation vom 5. Oktober 1961 (BGBl. 1965 II S. 876). Dazu gehören insbesondere **alle EU-Staaten**. Eine Apostille erteilt für notarielle Urkunden der Landgerichtspräsident (Einzelheiten unter B) II.).
- Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union haben am 6.7.2016 die Verordnung (EU) 2016/1191 zur Förderung der Freizügigkeit von Bürgern durch die Vereinfachung der Anforderungen an die Vorlage bestimmter öffentlicher Urkunden innerhalb der Europäischen Union und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 (sog. **Apostillen-Verordnung**) verabschiedet. Gem. Art. 4 der Verordnung sind öffentliche Urkunden einer Behörde eines EU-Mitgliedstaats bei Verwendung in einem anderen EU-Mitgliedstaat von jeder Art der Legalisation oder ähnlichen Förmlichkeit befreit. Die Verordnung erstreckt sich aber nicht allgemein auf öffentliche Urkunden, insbesondere **regelmäßig auch nicht auf notarielle Urkunden**. Vielmehr sind im Wesentlichen nur Urkunden zu Feststellung folgender

Sachverhalte erfasst: Urkunden aus dem **Personenstands- und Meldewesen** wie Geburts- und Sterbeurkunden, Ehe- und Partnerschaftsurkunden, Urkunden über Namen, Staatsangehörigkeit, Ehescheidung, Trennung ohne Auflösung des Ehebandes, Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft und Wohnsitz, aber auch Urkunden über die Vorstrafenfreiheit. Diese Verordnung gilt unmittelbar in jedem EU-Mitgliedstaat.

- Im Verhältnis zu den übrigen Staaten ist eine **Legalisation** erforderlich (§ 438 Abs. 2 ZPO; § 2 Gesetz betreffend die Beglaubigung öffentlicher Urkunden vom 1.5.1878, RGBL. 1878, S. 89 = BGBI. III S. 318-1). Legalisation bedeutet die Bestätigung der Echtheit einer Urkunde durch den Konsul des Staates, in dem von der Urkunde Gebrauch gemacht werden soll.
 - Für **ausländische Urkunden** erfolgt die Legalisation durch das deutsche Konsulat im jeweiligen Ausstellerstaat. In einigen Staaten nehmen die deutschen Auslandsvertretungen allerdings keine Legalisation vor, insbesondere wenn es dort vermehrt zu Unregelmäßigkeiten im Urkundswesen gekommen ist. Dann wird ggf. auf gerichtliches bzw. behördliches Ersuchen eine Einzelfallprüfung durch ortsansässige Anwälte durchgeführt (Einzelheiten unter B) III.1.).
 - Für **deutsche Urkunden** erfolgt die Legalisation durch die jeweilige Vertretung des ausländischen Staates. Bei notariellen Urkunden ist grundsätzlich eine Zwischenbeglaubigung durch den Landgerichtspräsidenten erforderlich, z. T. zusätzlich auch noch eine **Endbeglaubigung** durch das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten (Einzelheiten unter B) III.2.).

B) Erläuterungen

I. Bilaterale Abkommen

1. Bilaterale Abkommen, aufgrund derer auch notarielle Urkunden von jedem Echtheitsnachweis befreit sind

Belgien

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über die Befreiung öffentlicher Urkunden von der Legalisation vom 13. Mai 1975 (BGBI. 1980 II S. 815).

Dänemark

Deutsch-Dänisches Beglaubigungsabkommen vom 17. Juni 1936 (RGBl. 1936 II S. 213).

Frankreich

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die Befreiung öffentlicher Urkunden von der Legalisation vom 13. September 1971 (BGBl. 1974 II S. 1074, mit Berichtigung auf S. 1100).

Italien

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik über den Verzicht auf die Legalisation von Urkunden vom 7. Juni 1969 (BGBl. 1974 II S. 1069).

Österreich

Deutsch-österreichischer Beglaubigungsvertrag vom 21. Juni 1923 (RGBl. 1924 II S. 61).

2. Sonderfälle

Griechenland

Das deutsch-griechische Abkommen über die gegenseitige Rechtshilfe in Angelegenheiten des bürgerlichen und Handels-Rechts vom 11. Mai 1938 (RGBl. 1939 II S. 848) stellt bestimmte gerichtliche und behördliche Urkunden von jeglichem Echtheitsnachweis frei (Landgericht oder höheres Gericht, oberste Verwaltungsbehörde, oberster Verwaltungsgerichtshof). Für Urkunden anderer Gerichte und Behörden sowie von Notaren und Grundbuchämtern ist hingegen eine Überbeglaubigung durch den Präsidenten des jeweiligen Gerichtshofs erster Instanz in Griechenland (bzw. für deutsche Urkunden Überbeglaubigung durch den Landgerichtspräsidenten) erforderlich (wobei in der Praxis stattdessen eine Apostille verwendet wird).

Schweiz

Der deutsch-schweizerische Vertrag über die Beglaubigung öffentlicher Urkunden vom 14. Februar 1907 (RGBl. 1907 II S. 411) gilt nicht für notarielle Urkunden. Für notarielle Urkunden ist daher eine Apostille erforderlich.

II. Apostille

Im Verhältnis zu den Vertragsstaaten des Haager Übereinkommens zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Legalisation vom 5. Oktober 1961 (BGBl. 1965 II, S. 875) genügt eine Apostille sowohl für die Anerkennung ausländischer Urkunden aus dem betreffenden Staat in Deutschland als auch umgekehrt für die Anerkennung deutscher Urkunden im betreffenden Staat. Ausgenommen sind jedoch die Staaten, denen gegenüber Deutschland einen Einspruch nach Art. 12 Abs. 2 des Übereinkommens eingelegt hat. Insoweit ist jedenfalls für die Anerkennung von Urkunden aus dem betreffenden Staat in Deutschland weiterhin eine Legalisation erforderlich (und für den umgekehrten Fall der Verwendung deutscher Urkunden im betreffenden Staat wohl auch erforderlich oder doch zumindest zu empfehlen). Eine laufend aktualisierte Liste aller Beitrittsstaaten - und der erklärten Einsprüche - findet sich auch auf der Homepage der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht:

www.hcch.net/index_de.php?act=conventions.status&cid=41

Die Apostille für notarielle deutsche Urkunden ist beim Landgerichtspräsidenten zu beantragen. Sie wird nach einem im Haager Übereinkommen vorgegebenen Muster erteilt.

Welche Behörde in einem ausländischen Staat die Apostille erteilt, kann auf der Homepage der Haager Konvention eingesehen werden:

www.hcch.net/index_de.php?act=conventions.authorities&cid=41

III. Legalisation

Für Urkunden aus den übrigen Ländern ist grundsätzlich eine Legalisation erforderlich.

1. Legalisation ausländischer Urkunden zur Verwendung im Inland

Die Legalisation ausländischer Urkunden, die in Deutschland verwendet werden sollen, erfolgt durch den deutschen Konsul im Errichtungsstaat (§ 13 Abs. 1 KonsularG). Nach § 13 Abs. 2 KonsularG bestätigt die Legalisation die Echtheit der Unterschrift, die Eigenschaft, in welcher der Unterzeichner der Urkunde gehandelt hat und ggf. die

Echtheit des Siegels, mit dem die Urkunde versehen ist. Regelmäßig ist vor der Legalisation eine Überbeglaubigung durch das Außenministerium oder andere Behörden des Ausstellerstaates erforderlich, z.T. auch eine Vorbeglaubigung durch die der ausstellenden Behörde übergeordnete Behörde.

Für diverse Länder haben die dortigen deutschen Auslandsvertretungen die Legalisation bis auf Weiteres eingestellt, da dort die Voraussetzungen für die Legalisation nicht gegeben sind. Die dortigen deutschen Konsularbeamten können jedoch im Rahmen der Amtshilfe für deutsche Behörden oder Gerichte im Einzelfall – etwa durch vertrauenswürdige ortsansässige Rechtsanwälte - überprüfen lassen, ob der bescheinigte Sachverhalt zutrifft und hierdurch die Entscheidung der Inlandsbehörde über den Beweiswert der Urkunden in Deutschland erleichtern. Die Kosten hierfür wird die Inlandsbehörde regelmäßig den Beteiligten auferlegen.

Die Einstellung der Legalisation durch die betreffende deutsche Auslandsvertretung berührt nicht die Verwendung deutscher Urkunden im betreffenden Staat. Hierfür erfolgt weiterhin eine Legalisation; dies genügt auch als Echtheitsnachweis in den betreffenden Staaten.

2. Legalisation inländischer Urkunden zur Verwendung im Ausland

Die Legalisation deutscher Urkunden erfolgt durch die Auslandsvertretung des Staates, in dem die Urkunde verwendet werden soll. Erforderlich ist für deutsche notarielle Urkunden zunächst eine Vorbeglaubigung durch den jeweiligen Landgerichtspräsidenten.

Einige ausländische Staaten verlangen für die Legalisation deutscher Urkunden zusätzlich zur Vorbeglaubigung auch noch eine sogenannte Endbeglaubigung durch das Auswärtige Amt. Welche Staaten dies sind, ergibt sich aus der Länderliste (nachfolgend unter C)

Das Auswärtige Amt hatte die Aufgabe der Endbeglaubigung deutscher Urkunden zunächst auf das Bundesverwaltungsamt übertragen. Seit dem 1.1.2023 ist hierfür das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten. Die Kontaktdaten lauten wie folgt:

Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten
Referat Apostillen und Forderungsmanagement
Kirchhofstraße 1-2
14776 Brandenburg an der Havel

Internet: <https://bfaa.diplo.de/bfaa-de/service/ApostillenundBeglaubigungen>

Hotline: +49 (0)30 184730 16500 (nur D. u. Do. 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr)

E-Mail: fp-apostillen_endbeglaubigungen@zentrale.auswaertiges-amt.de

Verbindliche Auskünfte zu den Voraussetzungen einer Legalisation und den Gebühren erhalten Sie i.Ü. von der für die Legalisation zuständigen ausländischen Vertretung in Deutschland.

C) Alphabetische Länderliste (Stand: 2.5.2024)

Staat	Formerfordernis	Haager Übereinkommens zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Legalisation	
		Inkrafttreten	Fundstelle
A			
Afghanistan	Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich; z. Zt. keine Legalisation von Urkunden aus Afghanistan		
Ägypten	Legalisation		
Albanien	Apostille	seit 09.12.2016	BGBI. 2017 II S. 160
Algerien	Legalisation z. Zt. keine Legalisation von Urkunden aus Algerien mit Ausnahme von Personenstandsunterlagen		
Andorra	Apostille	seit 31.12.1996	BGBI. 1996 II S. 2802
Angola	Legalisation		
Antigua und Barbuda	Apostille	seit 01.11.1981	BGBI. 1986 II S. 542
Äquatorialguinea	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Äquatorialguinea		
Argentinien	Apostille	seit 18.02.1988	BGBI. 1988 II S. 235
Armenien	Apostille	seit 14.08.1994	BGBI. 1994 II S. 2532

Aserbaidtschan	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Aserbaidtschan mit Ausnahme von Personenstandsunterlagen	seit 2.3.2005, aber nicht im Verhältnis zu Deutschland	BGBI. 2008 II S. 224
Äthiopien	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Äthiopien		
Australien	Apostille	seit 16.03.1995	BGBI. 1995 II S. 222
B			
Bahamas	Apostille	seit 10.07.1973	BGBI. 1977 II S. 20
Bahrain	Apostille	seit 31.12.2013	BGBI. 2013 II S. 1593
Bangladesch	Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Bangladesch		
Barbados	Apostille	seit 30.11.1966	BGBI. 1996 II S. 934
Belarus	Apostille	seit 31.05.1992	BGBI. 1993 II S. 1005
Belgien	Keinerlei Echtheitsnachweis erforderlich	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über die Befreiung öffentlicher Urkunden von der Legalisation vom 13. Mai 1975 (BGBI. 1980 II 815) - daneben Haager Übereinkommen seit 9.2.1976 (BGBI. 1976 II S. 199)	
Belize	Apostille	seit 11.04.1993	BGBI. 1993 II S. 1005
Benin	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Benin		
Bhutan	Legalisation		
Bolivien	Apostille	seit 07.05.2018	BGBI. 2018 II S.102
Bosnien und Herzegowina	Apostille	seit 06.03.1992	BGBI. 1994 II S. 82
Botswana	Apostille	seit 30.09.1966	BGBI. 1970 II S. 121
Brasilien	Apostille	seit 14.08.2016	BGBI. 2016 II S. 1008

Brunei Darussalam	Apostille	seit 03.12.1987	BGBI. 1988 II S. 154
Bulgarien	Apostille	seit 29.04.2001	BGBI. II 2001 II S. 801
Burkina Faso	Legalisation		
Burundi	Legalisation z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Burundi	seit 13.2.2015, aber nicht im Verhältnis zu Deutschland	BGBI. 2015 II S. 151
C			
Chile	Apostille	seit 30.08.2016	BGBI. 2016 II S. 1008
China, Volksrepublik	Apostille	seit 07.11.2023	BGBI. 2023 II Nr. 292
Cookinseln	Apostille	seit 30.04.2005	BGBI. 2005 II S. 752
Costa Rica	Apostille	seit 14.12.2011	BGBI. 2012 II S. 79
D			
Dänemark, (nicht für Grönland und Faröer Inseln)	Keinerlei Echtheitsnachweis erforderlich	Deutsch-Dänisches Beglaubigungsabkommen vom 17. Juni 1936 (RGBl. 1936 II S. 213) - daneben Haager Übereinkommen seit 29.12.2006 (BGBI. 2008 II S. 224)	
Dominikanische Republik	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus der Dominikanischen Republik mit Ausnahme von Personenstandsunterlagen	seit 30.08.2009, aber nicht im Verhältnis zu Deutschland	BGBI. 2010 II S. 93
Dominica	Apostille	seit 03.11.1978	BGBI. 2003 II S. 734
Dschibuti	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Dschibuti		
E			
Ecuador	Apostille	seit 02.04.2005	BGBI. 2005 II S. 752
El Salvador	Apostille	seit 31.05.1996	BGBI. 1996 II S. 934
Elfenbeinküste	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus der Elfenbeinküste		
Eritrea	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Eritrea		

Estland	Apostille	seit 30.09.2001	BGBI. 2002 II S. 626
F			
Fidschi	Apostille	seit 10.10.1970	BGBI. 1971 II S. 1016
Finnland	Apostille	seit 26.08.1985	BGBI. 1985 II S. 1006
Frankreich	Keinerlei Echtheitsnachweis erforderlich	Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die Befreiung öffentlicher Urkunden von der Legalisation vom 13. September 1971 (BGBI. 1974 II S. 1100) - seit 24.01.1965 auch Haager Übereinkommen (BGBI. 1966 II S. 106)	
G			
Gabun	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Gabun		
Gambia	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Gambia		
Georgien	Apostille	seit 03.02.2010	BGBI. 2010 II S. 809
Ghana	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Ghana.		
Grenada	Apostille	seit 07.04.2002	BGBI. 2002 II S. 1685
Griechenland	Für bestimmte gerichtliche Urkunden (Landgericht oder höher) keinerlei Echtheitsnachweis erforderlich; für Urkunden von Amtsgerichten, Notaren, Grundbuchämtern etc. Apostille	Deutsch-griechisches Abkommen über die gegenseitige Rechtshilfe in Angelegenheiten des bürgerlichen und Handelsrechts vom 11. Mai 1938 (RGBl. 1939 II S. 848) - seit 18.05.1985 auch Haager Übereinkommen (BGBI. 1985 II S. 1108)	
Großbritannien	Apostille; ebenso für folgende britische Kron- bzw. Überseegebiete: Anguilla, Bermuda, Caymaninseln, Falklandinseln, Gibraltar, Guernsey, Isle of Man, Jersey, Britische Jungferninseln, Montserrat, St. Helena, Turks- und Caicosinseln	seit 24.01.1965	BGBI. 1966 II S. 106
Guatemala	Apostille	seit 18.09.2017	BGBI. 2017 II S. 1309
Guinea	Legalisation		

	z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Guinea		
Guinea-Bissau	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Guinea-Bissau		
Guyana	Apostille	seit 18.04.2019	BGBI. 2019 II S. 141
H			
Haiti	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Haiti		
Honduras	Apostille	seit 30.09.2004	BGBI. 2005 II S. 64
Hongkong	Apostille	seit 25.04.1965	BGBI. 2003 II S. 583 - keine Änderung durch den Rückfall an China
I			
Indien	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Indien	seit 14.07.2005, aber nicht im Verhältnis zu Deutschland	BGBI. 2008 II S. 224
Indonesien	Apostille	seit 04.06.2022	BGBI. 2022 II S. 284
Irak	Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus dem Irak		
Iran	Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich (außer für Hochschulzeugnisse)		
Irland	Apostille	seit 09.03.1999	BGBI. 1999 II S. 142
Island	Apostille	seit 27.11.2004	BGBI. 2005 II S. 64
Israel	Apostille	seit 14.08.1978	BGBI. 1978 II S. 1198
Italien	Keinerlei Echtheitsnachweis erforderlich	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik über den Verzicht auf die Legalisation von Urkunden vom 7. Juni 1969 (BGBI. 1974 II S. 1069) – daneben seit 11.02.1978 Haager Übereinkommen (BGBI. 1978 II S. 153).	

J			
Jamaika	Apostille	seit 03.06.2021	BGBI. 2021 II S. 238
Japan	Apostille	seit 27.07.1970	BGBI. 1970 II S. 752
Jemen	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Jemen		
Jordanien	Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich		
K			
Kambodscha	Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Kambodscha mit Ausnahme von Personenstandsunterlagen		
Kamerun	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Kamerun		
Kanada	z. Zt. noch Legalisation; ab 11.01.2024 Apostille	seit 11.01.2024	
Kap Verde	Apostille	seit 13.02.2010	BGBI. 2010 II S. 93
Kasachstan	Apostille	seit 30.01.2001	BGBI. 2001 II S. 298
Katar	Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich		
Kenia	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Kenia		
Kirgisistan/ Kirgisische Republik	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Kirgisistan	seit 31.07.2011, aber nicht im Verhältnis zu Deutschland	BGBI. 2012 II S. 79
Kiribati	Legalisation		
Kolumbien	Apostille - Kolumbien erklärte 2005 eine gegenüber der im Haager Übereinkommen festgelegten etwas abgewandelten Form der Apostille zu verwenden und diese nicht in	seit 30.01.2001	BGBI. 2001 II S. 298; BGBI. 2005 II S. 752

	Form eines Aufklebers, sondern mechanisch mittels Metallklammer zu verbinden		
Kongo, Republik	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus der Republik Kongo		
Kongo, Demokrat. Republik	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus der Dem. Rep. Kongo		
Korea, Republik	Apostille	seit 14.07.2007	BGBl. 2008 II S. 224
Korea, Volksrepublik	Legalisation		
Kosovo	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus dem Kosovo mit Ausnahme von Personenstandsunterlagen	seit 14.7.2016, aber nicht im Verhältnis zu Deutschland	BGBl. 2016 II S. 1008
Kroatien	Apostille	seit 8.10.1991	BGBl. 1994 II S. 82 (als Nachfolgestaat der SFRJ)
Kuba	Legalisation		
Kuwait	Legalisation		
L			
Laos	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Laos		
Lesotho	Apostille	seit 04.10.1966	BGBl. 1972 II S. 1466
Lettland	Apostille	seit 30.01.1996	BGBl. 1996 II, S. 223
Libanon	Legalisation; für deutsche Schul- und Hochschulzeugnisse Endbeglaubigung erforderlich		
Libyen	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Libyen mit Ausnahme von Personenstandsunterlagen		
Liberia	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Liberia	seit 8.2.1996, aber nicht im Verhältnis zu Deutschland	BGBl. 2008 II S. 224
Liechtenstein	Apostille	seit 17.09.1972	BGBl. 1972 II S. 1466

Litauen	Apostille	seit 19.07.1997	BGBI. 1997 II S. 1400
Luxemburg	Apostille	seit 03.06.1979	BGBI. 1979 II S. 684
M			
Macão	Apostille	seit 04.02.1969	BGBI. 1969 II S. 120; BGBI. 2003 II S. 789 – keine Änderung durch den Rückfall an China
Madagaskar	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Madagaskar		
Malawi	Apostille	seit 02.12.1967	BGBI. 1968 II S. 76
Malaysia	Legalisation		
Malediven	Legalisation		
Mali	Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Mali		
Malta	Apostille	seit 03.03.1968	BGBI. 1968 II S. 131
Marokko	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine einfachen Urkunden aus Marokko (also etwa keine Ledigkeits- oder Wohnortsbescheinigungen)	seit 14.8.2016; aber nicht im Verhältnis zu Deutschland	BGBI. 2016 II S. 1008
Marschall-Inseln	Apostille	seit 14.08.1992	BGBI. 1992 II S. 948
Mauretanien	Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich		
Mauritius	Apostille	seit 12.03.1968	BGBI. 1970 II S. 121
Mazedonien	s. Nordmazedonien		
Mexiko	Apostille	seit 14.08.1995	BGBI. 1995 II S. 694
Mikronesien	Legalisation		
Moldau	Legalisation	seit 16.03.2007, aber nicht im Verhältnis zu Deutschland	BGBI. 2008 II S. 224

Monaco	Apostille	seit 31.12.2002	BGBI. 2003 II S. 63
Mongolei	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus der Mongolei	seit 31.12.2009, aber nicht im Verhältnis zu Deutschland	BGBI. 2010 II S. 93
Montenegro	Apostille	seit 3.6.2006	BGBI. 2008 II S. 224
Mosambik	Legalisation		
Myanmar	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Myanmar		
N			
Namibia	Apostille	seit 30.01.2001	BGBI. 2001 II S. 298
Nauru	Legalisation		
Nepal	Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Nepal		
Neuseeland	Apostille – nicht Tokelau	seit 22.11.2001	BGBI. 2002 II S. 626
Nicaragua	Apostille	Seit 14.05.2013	BGBI. 2013 II S. 528
Niederlande	Apostille	seit 08.10.1965	BGBI. 1966 II S. 106
Niger	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus dem Niger		
Nigeria	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Nigeria		
Niue	Apostille	seit 02.03.1999	BGBI. 1999 II S. 142
Nordmazedonien	Apostille	seit 17.09.1991	BGBI. 1994 II S. 1191
Norwegen	Apostille	seit 29.07.1983	BGBI. 1983 II S. 478
O			
Oman	Apostille	30.01.2012	BGBI. 2012 II S. 273

Österreich	Keinerlei Echtheitsnachweis erforderlich	Deutsch-österreichischer Beglaubigungsvertrag vom 21. Juni 1923 (RGL. 1924 II S. 61) - daneben auch Haager Übereinkommen seit 13.01.1968 (BGBl. 1968 II S. 76)	
P			
Pakistan	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Pakistan	seit 09.03.2023, aber nicht im Verhältnis zu Deutschland	BGBl. 2023 II Nr. 42
Gebiete unter palästinensischer Verwaltung	Legalisation durch das Vertretungsbüro der Bundesrepublik Deutschland in Ramallah		
Palau	Apostille	seit 23.06.2020	BGBl. 2020 II S. 770
Panama	Apostille	seit 04.08.1991	BGBl. 1991 II S. 998
Papua Neuguinea	Legalisation		
Paraguay	Apostille	seit 01.06.2022	BGBl. 2022 II S. 246
Peru	Apostille	seit 01.01.2014 im Verhältnis zu Deutschland	BGBl. 2014 II S. 137
Philippinen	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden von den Philippinen	seit 14.05.2019, aber nicht im Verhältnis zu Deutschland	BGBl. 2019 II S. 141
Polen	Apostille	seit 14.08.2005	BGBl. 2006 II S. 132
Portugal	Apostille	seit 04.02.1969	BGBl. 1969 II S. 120
R			
Ruanda	Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich	seit 5.6.2024, aber nicht im Verhältnis zu Deutschland	BGBl. 2024 II Nr. 117
Rumänien	Apostille	seit 16.03.2001	BGBl. 2001 II S. 801
Russland	Apostille	seit 31.05.1992	BGBl. 1992 II S. 948
S			
Salomonen	Legalisation		

Samoa	Apostille	seit 13.09.1999	BGBI. 1999 II S. 794
Sambia	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Sambia mit Ausnahme von Personenstandsurkunden		
San Marino	Apostille	seit 13.02.1995	BGBI. 1995 II S. 222
São Tome und Principe	Apostille	seit 13.09.2008	BGBI. 2009 II S. 596
Saudi-Arabien	Apostille	seit 07.12.2022	BGBI. II 2023 Nr. 6
Schweden	Apostille	seit 01.05.1999	BGBI. 1999 II S. 420
Schweiz	Apostille - der deutsch-schweizerische Vertrag über die Beglaubigung öffentlicher Urkunden vom 14. Februar 1907 (RGI. II 1907, S. 411) gilt nicht für notarielle Urkunden	seit 11.03.1973	BGBI. 1973 II S. 176
Senegal	Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich	seit 23.3.2023, aber nicht im Verhältnis zu Deutschland	BGBI. 2023 II Nr. 59
Serbien	Apostille	seit 27.04.1992	BGBI. 2002 II S. 626 (als Nachfolgestaat der SFRJ)
Seychellen	Apostille	seit 31.03.1979	BGBI. 1979 II S. 417
Sierra Leone	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Sierra Leone		
Simbabwe	Legalisation		
Singapur	Apostille	seit 16.09.2021	BGBI. 2021 II S. 238
Slowakei	Apostille	seit 18.02.2002	BGBI. 2002 II S. 626
Slowenien	Apostille	seit 25.06.1991	BGBI. 1993 II S. 1005
Somalia	Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Somalia		
Spanien	Apostille	seit 25.09.1978	BGBI. 1978 II S. 1330
Sri Lanka	Legalisation;		

	z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Sri Lanka		
St. Kitts und Nevis	Apostille	seit 14.12.1994	BGBI. 1994 II S. 3765
St. Lucia	Apostille	seit 31.07.2002	BGBI. 2002 II S. 2503
St. Vincent und die Grenadinen	Apostille	seit 27.10.1979	BGBI. 2003 II S. 698
Sudan	Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus dem Sudan		
Südsudan	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus dem Südsudan		
Südafrika	Apostille	seit 30.04.1995	BGBI. 1995 II S. 326
Surinam	Apostille	seit 25.11.1975	BGBI. 1977 II S. 593
Swasiland (Eswatini)	Apostille	seit 06.09.1968	BGBI. 1979 II S. 417
Syrien	Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich; .z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen aus Syrien mit Ausnahme von Personenstandsunterlagen		
T			
Tadschikistan	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Tadschikistan	seit 31.10.2015, aber nicht im Verhältnis zu Deutschland	BGBI. 2015 II S.1219
Taiwan	Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich (Taipeh-Handelsbüro, nur für Urkunden aus dem Justizbereich)		
Tansania	Legalisation		
Thailand	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus einigen Teilen Thailands		
Togo	Legalisation;		

	für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Personenstandsurkunden aus Togo		
Tonga	Apostille	seit 04.06.1970	BGBI. 1972 II S. 254
Trinidad und Tobago	Apostille	seit 14.07.2000	BGBI. 2000 II S. 1362
Tschad	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus dem Tschad		
Tschechische Republik	Apostille	seit 16.03.1999	BGBI. 1999 II S. 142
Tunesien	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Tunesien mit Ausnahme von Personenstandsurkunden	seit 30.03.2018, aber nicht im Verhältnis zu Deutschland	BGBI. 2018 S. 1565
Türkei	Apostille	seit 29.09.1985	BGBI. 1985 II S. 1108
Turkmenistan	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Turkmenistan		
U			
Uganda	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Uganda		
Ukraine	Apostille (nicht für Urkunden, die nach dem 11.8.2014 auf der Krim ausgestellt wurden)	für Deutschland seit dem 22.07.2010	BGBI. 2008 II S. 224 bzw. BGBI. 2010 II S. 1195
Ungarn	Apostille	seit 18.01.1973	BGBI. 1973 II S. 65
Uruguay	Apostille	14.10.2012	BGBI. 2012 II S. 1029
USA	Apostille	seit 15.10.1981	BGBI. 1981 II S. 903
Usbekistan	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Usbekistan	seit 15.4.2012, aber nicht im Verhältnis zu Deutschland	BGBI. 2012 II S. 273
V			
Vanuatu	Apostille	seit 30.07.1980	BGBI. 2009 II S. 596
Venezuela	Apostille	seit 16.03.1999	BGBI. 1999 II S. 142

Vereinigte Arabische Emirate	Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich;		
Vietnam	Legalisation		
W			
Weißrussland	s. Belarus		
Z			
Zentralafrikanische Republik	Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus der Zentralafrikanischen Republik.		
Zypern	Apostille	seit 30.04.1973	BGBI. 1973 II S. 391